

## **Bericht aus dem Rathaus – Juli 2016**

### **Abschlussbericht zu Power for Kids**

Ein halbes Jahr lang hat sich der von der Stadtvertretung eingesetzte, zeitweilige Sonderausschuss mit den Vorfällen im Verein Power for Kids befasst. Auch DIE LINKE hat sich an dessen Arbeit beteiligt. Dabei ging es Gerd Böttger und Jörg Böhm vor allem darum, zu klären, welche Veränderungen notwendig sind, um den Kinderschutz künftig besser sicherstellen zu können. Wo die konkreten Fehler lagen, hatte der, von Oberbürgermeisterin Angelika Gramkow, im Januar 2016 in Auftrag, gegebene, Bericht bereits klar aufgezeigt. Durch die falsche Einschätzung der Situation, den Verzicht auf die Bildung eines Krisenteams und die fehlende Information an die Polizei konnte sich der Täter noch ein halbes Jahr nach Bekanntwerden der ersten Hinweise im Amt für Schule, Jugend und Sport an Kindern vergreifen, die den Jugendtreff im Mueßer Holz besuchten. Dieser ist mittlerweile geschlossen, ein alternatives, professionell betreutes Angebot gibt es bislang nicht. Erwartungsgemäß standen am Ende der Ausschussarbeit jedoch nicht die inhaltlichen Fragen im Mittelpunkt. Statt die Vorschläge zu den Fragen klarer Zuständigkeiten, effektiver Vertretungsregelungen, besserer Kooperation mit den Trägern der freien Jugendhilfe, Weiterbildungen in Sachen Kinderschutz, Einflussmöglichkeiten auf nicht anerkannte Träger, die offene Jugendtreffs betreiben oder die Schulung ehrenamtlicher Betreuer zu diskutieren, ging es nur darum, die Verantwortung ausschließlich Oberbürgermeisterin Angelika Gramkow und dem Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses Peter Brill zuzuweisen. Weitgehend ausgeblendet wurde dagegen die Verantwortung des langjährigen, für den Bereich zuständigen SPD - Dezenten. Auch deshalb hat DIE LINKE dem Abschlussbericht nicht zustimmen können, sondern ihre Sicht auf die Dinge in einem Sondervotum dokumentiert. Zu hoffen bleibt, dass die monatelange, mediale Berichterstattung dafür gesorgt hat, die Stadtgesellschaft stärker für das Thema sexueller Missbrauch von Kindern zu sensibilisieren. Um derartige Fälle für die Zukunft möglichst auszuschließen, sind alle gefordert, Eltern, Sozialarbeiter, Verwaltung und natürlich auch die Politik.

### **Nachtragshaushalt macht Weg für wichtige Investitionen frei**

In den Schulen wird es eng, darüber hatten wir bereits in einer früheren Ausgabe des Offenen Blattes berichtet. Während die politische Konkurrenz sich vor allem in Schuldzuweisungen für die Versäumnisse aus der Vergangenheit erging, haben Oberbürgermeisterin Angelika Gramkow, ihre Dezenten und die Linksfraktion darauf hingearbeitet, die Lage perspektivisch zu verbessern. Mit dem Nachtragshaushalt wird der Weg frei für den Neubau einer dreizügigen Grundschule mit Hort und Turnhalle in der Lagerstraße (Nähe Speicherhotel). Bereits zum Schuljahr 2017/2018 soll diese fertig sein. Darüber hinaus erhält auch die Grundschule Lankow eine neue Zwei - Feld – Sporthalle, da die alte Halle angesichts gestiegener Schülerzahlen nicht mehr ausreicht.

## **Tagespflegepersonen erhalten mehr Geld**

Vielfach zu wenig bekannt, ist die wichtige Rolle der Tagespflegepersonen bei der Betreuung unserer Kleinsten. Mit viel Engagement und Liebe tragen diese dazu bei, dass Eltern in Schwerin Privat- und Erwerbsleben in Einklang bringen können. Deshalb hatte die Stadtvertretung 2015 beschlossen, die Tagespflegesätze zum 01.08.2016 anzuheben. Diesem Ansinnen ist die Verwaltung nachgekommen. Zudem wurde die Interessengemeinschaft der Tagespflegepersonen in den Prozess einbezogen. Im Ergebnis erhöhen sich die Tagespflegesätze um 3,8 Prozent, wie Peter Brill in der Debatte erläuterte.

## **Auch zukünftig keine Ombudsstelle im Jobcenter**

Die Hartz Gesetzgebung ist kompliziert und produziert seit Jahren Unmengen an Widersprüchen und Klagen. 25.430 bzw. 4.597 waren es landesweit 2015, davon entfielen 2.000 bzw. 433 auf das Jobcenter Schwerin. In 29,1 Prozent der Fälle haben Widersprüche, in 36,9 Prozent Klagen Erfolg. Allerdings dauert es bis zu 16 Monate, bevor ein Kläger mit einem Urteil rechnen kann. Unabhängige Ombudsstellen sollen dazu beitragen, mit der Hartz Gesetzgebung verbundene Problemen, wie falschen Bescheide, falschen Gesetzesinterpretationen, dem Verschwinden von Benachrichtigungen, der Unverständlichkeit von Bescheiden, unberechtigten Leistungskürzungen oder fehlendem Einfühlungsvermögen der Jobcenter Mitarbeiter zu begegnen. Deshalb wirbt der CDU – Bürgerbeauftragte des Landes jährlich dafür, derartige Stellen einzurichten. Leider vergeblich, wie Henning Foerster in der Debatte verdeutlichte.

## **Bürger sollen über neue BUGA entscheiden**

Ob sich Schwerin auf den Weg zu einer erneuten Bundesgartenschau (BUGA) machen soll oder nicht, darüber sollen nach Auffassung von Oberbürgermeisterin Angelika Gramkow und der Linksfraktion die Schwerinerinnen und Schweriner entscheiden. Noch vor einem Jahr war sich die ganz große Mehrheit der Stadtvertretung einig darin, dass eine solche Abstimmung natürlich erst dann Sinn macht, wenn die Machbarkeitsstudie vorliegt. Diese gibt es nunmehr und sie beschreibt, wie die Idee der Hinwendung der Stadt zum Wasser umgesetzt werden soll. Eine Schwerin Line entlang des Schweriner Sees soll Schloss, Zoo und Freilichtmuseum Mueß miteinander verbinden und dabei einen Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger und die Gäste der Stadt schaffen. Bekannt ist auch, dass ein hoher, zweistelliger Millionenbeitrag dafür notwendig ist, zu dessen Aufbringung es der Anstrengungen der Stadt, der Fördermittel des Landes und guter Einnahmen während der Durchführung der Veranstaltung bedarf. Um Abstimmungskosten zu sparen und die Anwesenheit der Wählerinnen und Wähler zur Landtags- und Oberbürgermeisterwahl zu nutzen, schlug die Verwaltung vor, am 04.09.2016 auch gleich über die BUGA abzustimmen.

Aus wahltaktischen Erwägungen lehnte eine Mehrheit aus CDU, SPD, Grünen und AfD diesen Vorschlag ab. Während sich die CDU von der Bürgerbeteiligung gänzlich verabschiedet hat, wollen SPD und Grüne einen späteren Wahltermin. Wann dieser sein soll, ist offen, denn der Vorschlag es erst bei Vorliegen eines detaillierten Finanzierungskonzeptes zu tun, fand keine Mehrheit.

### **LINKE Initiativen werden geprüft und beraten**

Die Linksfraktion hat in den letzten Monaten zahlreiche Initiativen in die Stadtvertretung eingebracht. Aktuell beraten wird die Möglichkeit der Einrichtung von Familienparkplätzen. Diese Parkplätze sollen so konzipiert sein, dass Kinderwagen einfacher ein- und ausgeladen werden sowie Säuglinge leichter vom Kindersitz in den Kinderwagen umgesetzt werden können.

Darüber hinaus wird auf Antrag der Linksfraktion die Einrichtung eines neuen Fitness- und Bewegungsparcours, der für generationsübergreifende Bedürfnisse geeignet ist, geprüft. Im Ergebnis der Prüfung sollen im nächsten Haushalt 40 T Euro Planungsleistungen für einen Generationenpark in Lankow bereitgestellt werden. Darüber hinaus sollen im Rahmen der Überarbeitung der Spielplatzkonzeption 2017 weitere mögliche Standorte diskutiert werden.

Ebenfalls in der Prüfung befindet sich ein Antrag zu Möglichkeiten der Reduzierung von Einwegbechern, deren Nutzung durch das unter jüngeren Leuten rasant gestiegene „to go trinken“ von Kaffee und anderen Heißgetränken rasant zugenommen hat. Alternativ könnte ein Mehrwegbechersystem etabliert werden, wie es zum Beispiel die Stadt Tübingen mit der Initiative „tü go – besser bechern“ auf den Weg gebracht hat. Dieses bietet neben der Möglichkeit der spontanen Verwendung auch eine zusätzliche Werbemöglichkeit für eine nachhaltige Landeshauptstadt.